



# **Für eine zukunftsfähige und soziale Schweiz**

Positionspapier der Caritas zu den National- und Ständeratswahlen  
vom 23. Oktober 2011

# Die soziale Integration aller

**In Kürze:** In ihrer Stellungnahme zu den Parlamentswahlen 2011 thematisiert die Caritas drei zentrale Herausforderungen, die der Bundesrat und die Eidgenössischen Räte in der kommenden Legislaturperiode angehen müssen.

Die Caritas lässt sich in ihrer Stellungnahme vom Grundsatz der Bundesverfassung leiten, wonach sich die Stärke eines Volkes am Wohl der Schwachen misst. Vor diesem Hintergrund formuliert sie unter dem Stichwort «Armut halbieren» eine erste Herausforderung. Die Caritas erachtet die wirksame Bekämpfung und Vermeidung von Armut als dringende politische Aufgabe. Das muss durch umfassende bildungspolitische Massnahmen geschehen, durch die Bereitstellung von Angeboten der beruflichen und sozialen Integration für dauerhaft Erwerbslose sowie durch eine einheitliche, gesetzliche Regelung, die festlegt, wie die soziale Existenz zu sichern ist.

Im Bereich Migration, der zweiten zentralen Herausforderung, mahnt die Caritas den Verzicht auf ausländerfeindliche Stimmungsmache und Augenmass in Fragen der Integration an. Ausserdem warnt sie davor, das Recht auf Asyl weiter auszuhöheln.

Was die dritte Herausforderung – den Ausgleich des weltweiten Nord-Süd-Gefälles – angeht, fordert die Caritas den Bundesrat und das künftige Parlament unter anderem dazu auf, die 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe beizubehalten. Diese sollen mittelfristig auf 0,7 Prozent aufgestockt werden.

Am 23. Oktober dieses Jahres wählen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ein neues Parlament. Dieses soll sich nach dem Willen der Wählerinnen und Wähler in der kommenden Legislaturperiode (2012–2015) mit den wichtigen Herausforderungen der Gesellschaft Schweiz befassen und einen Beitrag zu ihrer Lösung leisten. Welches aber sind diese Herausforderungen?

Im Vordergrund stehen zur Zeit – im Nachgang zur Katastrophe von Fukushima – die Debatte um eine atomfreie Energieversorgung sowie die mittelfristigen Auswirkungen der Finanzkrise, wobei zur Zeit die Bekämpfung des harten Frankenkurses intensiv diskutiert wird. Ein drittes so genanntes Megathema bildet die Auseinandersetzung um die Asylpolitik und um Fragen der Zuwanderung, speziell von gut qualifizierten Arbeitnehmenden.

Caritas Schweiz will mit der vorliegenden Stellungnahme auf zentrale Herausforderungen in den Bereichen Sozialpolitik, Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit hinweisen. Sie sieht sich legitimiert aufgrund ihrer praktischen Erfahrung und ihres langjährigen Engagements in diesen Bereichen. Mehr noch: sie fühlt sich aufgrund ihres Auftrags und ihres Leitbildes dazu verpflichtet.

Gleichzeitig liegt es der Caritas fern, simple Patentrezepte zu formulieren oder Schwarz-Weiss-Malerei zu betreiben. Sie möchte stattdessen die Herausforderungen zunächst einmal benennen und anschliessend skizzieren, in welche Richtung Lösungsansätze entwickelt werden müssten. Diese sind durch den Bundesrat und das Parlament in der kommenden Legislaturperiode zu diskutieren, zu konkretisieren und umzusetzen.

**Die Caritas gibt weder Partei- noch Personenempfehlungen ab. Vielmehr will sie Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Kriterien und Elemente an die Hand geben, woran sie Parteien sowie Kandidatinnen und Kandidaten messen können, welche Fragen sie ihnen stellen sollten und worauf sie zu achten haben:** Betreiben Parteien und Kandidierende billige Schuldzuweisungen und greifen sie zu so genannten einfachen Lösungen? Oder rücken sie zentrale Herausforderungen in den Vordergrund, tragen sie dem globalen Charakter zahlreicher Probleme Rechnung und sind sie diskussionsbereit und lösungsorientiert? Vergiften sie das politische Klima oder bemühen sie sich darum, konstruktive Beiträge zu leisten?

## Das Wohl der Schwachen als Massstab

Von welcher Perspektive lässt sich die Caritas in dieser Stellungnahme leiten? Welches sind die Werte, die ihre gesellschaftspolitischen Positionen bestimmen? – Das Leitbild der Caritas beruht auf der Vision einer Gesellschaft, in der die fundamentalen Menschenrechte verwirklicht werden, insbesondere auch die sozialen und kulturellen Grundrechte: «Wir setzen uns ein für eine Welt, die sich von Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden leiten lässt; welche die unantastbare Würde und die Rechte eines jeden Menschen respektiert; deren Stärke sich am Wohl der Schwachen misst; die anerkennt, dass der Reichtum und die Fülle der Schöpfung das gemeinsame

Gut aller Menschen sind; in der alle Menschen Zugang zu Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung und Arbeit haben».

Als Konsequenz aus diesen Grundsätzen verpflichtet sich die Caritas für den gesellschaftlichen Kontext der Schweiz unter anderem dazu: «Wir treten ... für eine gesellschaftliche Integration der sozial Schwachen ein. Wir tun dies, indem wir die soziale Entwicklung in der Schweiz beobachten, gesellschaftliche Probleme benennen und Lösungsvorschläge formulieren; uns gegen Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung wehren; Menschen in Not beistehen; zukunftsweisende Projekte durchführen, die einen Beitrag zur Lösung von sozialen Problemen leisten ...»

# Armut in der Schweiz halbieren

Schätzungen zum Ausmass der Armut in der Schweiz besagen, dass jede zehnte Person in der Schweiz in einem Haushalt lebt, der von einem Erwerbseinkommen unterhalb der Armutsgrenze leben muss. Mangelnde Zukunftsperspektiven und soziale Ausgrenzung prägen den Alltag der betroffenen Menschen. Wer in Armut leben muss, ist täglich mit einer Vielzahl Schwierigkeiten konfrontiert. Armutsbetroffene Menschen müssen mit knappen finanziellen Mitteln auskommen, sind oft arbeitslos oder gehen einer unsicheren Erwerbsarbeit nach. Sie leben mit ihrer Familie in beengten und lärmigen Wohnverhältnissen, müssen mit gesundheitlichen Problemen kämpfen, sind vielfach mit Spannungen in der Beziehung und im Zusammenleben mit den Kindern konfrontiert. Neuere Daten des Bundesamtes für Statistik bestätigen die Schätzungen von Caritas. Diese besagen, dass in der Schweiz zwischen 700 000 und 900 000 Menschen arm sind. Darunter befinden sich 260 000 Kinder. Das darf nicht sein.

Nicht alle Menschen tragen das gleiche Risiko, arm zu werden. Es sind vor allem vier Faktoren, die das Armutsrisiko von Haushalten bestimmen: das Bildungsniveau, die Zahl der Kinder, der Wohnort und besonders die soziale Herkunft. Kinder aus armutsbetroffenen und bildungsfernen Haushalten tragen im Vergleich zu den Kindern aus gut situierten Haushalten ein wesentlich grösseres Risiko, selber wieder als Erwachsene zu den Armen zu zäh-

len. Armut wird vererbt! Unter diesem Blickwinkel rückt vor allem die erste Lebensphase in den Vordergrund. Es geht um das Kindeswohl und um die Chance für alle Kinder, in einem guten Umfeld aufwachsen zu dürfen.

## Armut wirksam verhindern

Damit die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in der Schweiz bis 2020 um die Hälfte reduziert werden kann, wie dies die Caritas in ihrer Erklärung «Armut halbieren» von 2010 fordert, müssen Bund und Kantone vermehrte Anstrengungen unternehmen. Zunächst einmal sollten sie die in der Gesamtschweizerischen Armutsstrategie des Bundesrates vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen und darüber hinaus in jährlichen Armutsberichten kontinuierlich über die Wirkung ihrer Armutspolitik Bericht erstatten.

Eine vorrangige Aufgabe einer wirkungsvollen Armutspolitik muss es sein, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen. Es braucht eine investitionsorientierte Sozialpolitik. Ihre Bemühungen sind nicht einfach als Sozialausgaben zu betrachten. Es handelt sich vielmehr um eine Investition in die Zukunft. Armut zu vermeiden ist letztlich auch finanzpolitisch billiger als die negativen Folgen von Armut zu bekämpfen. Armut zu vermeiden heisst konkret, im Lebenslauf jene Momente ins Auge zu fassen, in denen

die entscheidenden Weichen gestellt werden. Das beginnt in den Familien, wo das Kindeswohl nicht immer in ausreichendem Masse beachtet wird. Wer ohne genügende Sprachkenntnisse und soziale Kompetenzen in die Schule muss, riskiert schon früh, ausgegrenzt zu werden. Wer später keine Berufsausbildung absolviert, wird kaum je einen festen Arbeitsplatz finden und auch sonst an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Und wer keine gute und sinnvolle Arbeit verrichten kann, wird im Moment der Familiengründung rasch zu den «Working Poor» gehören und für lange Zeit auf staatliche Hilfe angewiesen sein.

### **Postulat 1:** **Bildung für alle**

Der Bildung kommt bei der Armutsvermeidung eine Schlüsselrolle zu. Caritas erwartet deshalb von Bundesrat und Parlament, dass sie in der Legislaturperiode 2012–2015 ein umfassendes bildungspolitisches Massnahmenpaket schnüren und zusammen mit den Kantonen genügend Mittel für seine Umsetzung bereit stellen. Damit die Vererbung von Armut durchbrochen werden kann, braucht die Schweiz folgende Bildungsmassnahmen:

- ein flächendeckendes, staatlich unterstütztes und auf Bildungsplänen beruhendes Betreuungssystem für Kleinkinder;
- die individuelle Förderung der Kinder in altersgemischten Klassen zur Verhinderung von Stigmatisierung und verfrühter Selektion;
- die Stärkung des Berufsbildungssystems, um allen eine berufliche Erstausbildung zu ermöglichen – ohne Zugangsbeschränkungen durch eine Alterslimite;
- den systematischen Ausbau des Weiterbildungsangebotes mit dem Ziel, wenig Qualifizierten die Möglichkeit zu bieten, dass sie ihre Chancen im Arbeitsmarkt sowie ihr Einkommen verbessern können;
- die Unterstützung von erwerbslosen und Sozialhilfe beziehenden Menschen sowie von Personen über 50, die eine qualifizierende Weiterbildung absolvieren möchten.

### **Postulat 2:** **Sozialfirmen fördern**

Eine weitere wichtige Aufgabe einer wirkungsvollen Armutspolitik besteht darin, Wege aufzuzeigen, die aus prekären Lebenslagen herausführen. Dabei kommt dem Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung zu. Nicht alle Menschen finden in der Schweiz jedoch eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt. Für sie braucht es unbedingt mehr Angebote für die berufliche und soziale Integration. Sogar die Integrationsanstrengungen von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe scheitern an der allzu geringen Zahl von Arbeitsplätzen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt für wenig qualifizierte, aber durchaus arbeitsfähige Personen zur Verfügung stehen.

Sozialfirmen sind ein Instrument, dank dem Menschen mit wenig Aussicht auf eine berufliche Integration einer vorübergehenden oder sogar dauerhaften Erwerbsarbeit nachgehen können, ohne dass sie den Kontakt zum ersten Arbeitsmarkt verlieren. Es braucht mehr Arbeit für Menschen, die keinen Zugang zu normalen Arbeitsverhältnissen finden. Sozialfirmen können dies leisten. Der Bund und die Kantone müssen solche Sozialfirmen im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen- und Invalidenversicherung sowie der Sozialhilfe fördern.

### **Postulat 3:** **Existenzsicherung landesweit regeln**

Die soziale Existenzsicherung steht am Anfang einer wirkungsvollen Armutspolitik. In der Schweiz sind nach Angaben des Bundesamtes für Statistik bis zu 14,6 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. Wird die sozialstaatliche Existenzsicherung im Falle von Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit weiter geschwächt, so wird die Zahl der Armutsbetroffenen noch zunehmen. Die Sozialversicherungen spielen eine tragende Rolle in der Absicherung breiter Bevölkerungsgruppen vor sozialen Risiken. Es braucht ein klares Bekenntnis der Politik zu dieser Erwerbslosigkeit sowie zur Sozialhilfe. Caritas erwartet, dass Bundesrat und Parlament endlich ein Bundesrahmengesetz erarbeiten und verabschieden, worin grundlegende Aspekte der Existenzsicherung und der Integration verbindlich geregelt werden. In diesem Rahmen sollen die Existenzsicherung Schweiz weit harmonisiert, die Ergänzungsleistungen für Familien eingeführt und die Instrumente zur beruflichen Eingliederung koordiniert werden.

# «... und es kamen Menschen»

Ohne Zuwanderung ist die Schweiz nicht denkbar. Die positive wirtschaftliche Entwicklung wäre nicht möglich. Dies gilt für die Vergangenheit, die Gegenwart und voraussichtlich auch für die Zukunft. Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter ermöglichten das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Auch heute wären Industrie, Forschung, Gastgewerbe und der Gesundheitssektor ohne ausländische Arbeitskräfte nicht leistungsfähig. Während im vergangenen Jahrhundert vorwiegend weniger qualifizierte Arbeitskräfte benötigt wurden, hat sich das Gewicht in den letzten Jahrzehnten auf die qualifizierten oder hochqualifizierten Arbeitskräfte verlagert. Heute beträgt der Anteil ausländischer Erwerbstätiger in der Schweiz nahezu 30 Prozent gegenüber 20 Prozent in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Auch der Schweizer Sozialstaat zieht gesamthaft einen Gewinn aus der Zuwanderung. Sowohl die Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV) als auch die Invalidenversicherung (IV) profitieren. Dies dürfte umso mehr auf die zukünftige Entwicklung zutreffen, da Einwanderer in der Regel jünger als Schweizerinnen und Schweizer sowie gut qualifiziert sind. Zudem arbeiten sie häufiger Vollzeit als Einheimische.

Ausländerinnen und Ausländer kommen vor allem in die Schweiz, um hier zu arbeiten. Dies war in den fünfziger und sechziger sowie in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts der Fall, und es ist auch der Grund dafür, dass die Zuwanderung seit 2005 wieder stark angestiegen ist. Die Erwerbstätigkeit ist nach wie vor der wichtigste Einwanderungsgrund. Rund 38 Prozent der Ausländerinnen und Ausländer, die innerhalb eines Jahres in die Schweiz eingereist sind, nahmen eine Erwerbstätigkeit im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union auf, weitere 5,6 Prozent kamen im Rahmen von Kontingenten aus anderen Staaten. Mit 33 Prozent steht die Einwanderung infolge Familiennachzugs an zweiter Stelle.

**Sowohl die AHV als auch die IV profitieren von der Einwanderung. Denn in der Regel sind die Zugewanderten jünger als die Einheimischen.**

Die unbestreitbar hohe Einwanderungsquote stellt Anforderungen an die Aufnahme-Gesellschaft. Zum Teil werden aber berechnete Ängste vor dem beschleunigten gesellschaftlichen Umbruch und der wirtschaftlichen Globalisierung unzulässig mit der Frage der Zuwanderung gekoppelt. Migrantinnen und Migranten können so sehr einfach als Sündenböcke hingestellt werden.

Seit kurzem ist in der Migrationsdebatte eine neue Dynamik entstanden. Gab es in der Schweiz lange Zeit die Pole «ausländerfreundlich» und «ausländerfeindlich», sind diese nun

aufgebrochen worden. Ökologische sowie demografische Argumente werden von verschiedenen politischen Akteuren und mit unterschiedlichen Zielen in die Debatte eingespeist. Vor allem Vorschläge, wie die Zuwanderung eingeschränkt werden könnte, werden öffentlichkeitswirksam lanciert.

Fakt bleibt: Die Schweiz profitiert wirtschaftlich von der Migration. Dasselbe gilt auch für unsere Sozialversicherungen. So kontrovers die durch die Migration gestellten gesellschaftlichen Herausforderungen auch diskutiert werden, es darf nicht vergessen werden: Hinter den Fakten und Zahlen stehen Menschen, die einen unbedingten Anspruch auf Würde und Respekt haben.

## **Postulat 1: Verzicht auf Stimmungsmache**

Caritas erwartet vom künftigen Parlament, dass die Ausländer- und Asylpolitik aufgrund von Fakten debattiert und entschieden wird. Es darf im Parlament nicht um ausländerfeindliche Stimmungsmache gehen. Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht als Sündenböcke hingestellt werden für die Verteuerung des Wohnungsmarktes, für Mobilitätsengpässe oder gar für die Verknappung der Energie. Im Übrigen ist nicht das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union für die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verantwortlich. Vielmehr besteht in den verschiedenen Sektoren der Schweizer Wirtschaft eine verstärkte Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften.

## Postulat 2: Mehr Augenmass in der Integration

Der Druck, die Integration ausländischer Wohnsitzberechtigter detailliert zu regeln und darauf aufbauend Rechtsansprüche festzulegen, ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden. Hier muss daran erinnert werden, dass Integration ein Prozess ist. Dieser wird nicht allein durch Druckmittel in Gang gebracht. Er wird auch durch ein Klima der Offenheit und durch Möglichkeiten der kulturellen, sozialen und politischen Partizipation in allen Gesellschaftsbereichen gefördert. Caritas erwartet vom künftigen Parlament, dass es in der Migrationspolitik und insbesondere in der Integrationsfrage Augenmass bewahrt. Dies gilt auch für Fragen des Einbürgerungsrechts.

## Postulat 3: Das Recht auf Asyl nicht weiter aushöhlen

Caritas erwartet vom neuen Parlament, dass es auf weitere Beschneidungen des Asylrechts verzichtet. Wie sich bisher gezeigt hat, haben solche Massnahmen kaum Auswirkungen auf die Zahl der Asylgesuche. Denn globale Migrationsbewegungen lassen sich nicht durch Feinabstimmungen des Asylverfahrens beeinflussen. Überdies sollen bereits bestehende Gesetze konsequent angewandt werden – statt des Aktionismus der Verschärfungsmassnahmen (Asylgesetz-Revisionen, Ausschaffungsiniciativen, Forderungen im Integrationsbereich), der in der Regel keine wirkliche, sondern bloss symbolische Politik ist. Diese gibt nur vor, die Probleme im Griff zu haben. Gefragt sind in der Asylpolitik staatsübergreifende, internationale Lösungen des *burden sharing*, Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit.

# Für eine solidarische Weltpolitik

Die Welt des 21. Jahrhunderts ist in einem nie dagewesenen Ausmass vernetzt und bietet zahlreiche Entwicklungsperspektiven. Aber sie ist auch herausgefordert von globalen Krisen, denen sich kein Staat entziehen kann. Alle Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft sind von ihnen betroffen und müssen ihren Teil zur Lösung beitragen, auch die Schweiz. Solche Krisen sind:

- Die **Ernährungskrise** bedeutet für eine Milliarde Menschen Armut und chronischen Hunger. Wohl gibt es genügend Nahrungsmittel und Trinkwasser, doch zu viele Menschen haben keinen Zugang dazu. Weizen, Mais und Soja werden an Nutztiere verfüttert und zu Agrotreibstoffen verarbeitet. Die Preise für Nahrungsmittel befinden sich auf einem Allzeithoch, angeheizt durch Handelsspekulation in grossem Ausmass. Die ärmsten Menschen können sich nicht einmal eine einfache Mahlzeit leisten.
- Die **Klimakrise** steht erst an ihrem Anfang. Wenn nicht umgehend gehandelt und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss drastisch re-

duziert wird, werden die Folgen der Klimaerwärmung verheerend sein. Schon jetzt lässt sich nicht mehr verhindern, dass Millionen Menschen zu Flüchtlingen werden, weil ihre Heimat im Meer versinkt, ihr Land versteppt oder Überschwemmungen ihr Hab und Gut zerstören. Anpassungen an den Klimawandel sind unabdingbar und werden gigantische Kosten nach sich ziehen.

- Die **Finanzkrise** hat drastisch vor Augen geführt, auf welch tönernen Füssen die Weltwirtschaft steht, wenn deren Akteure unreguliert kurzfristige Strategien der Profitmaximierung verfolgen. Kurzfristige Rettungsaktionen alleine genügen nicht, es müssen grundlegende Systemkorrekturen geschaffen werden.
- Die **Energiekrise** wurde der Welt durch Fukushima drastisch vor Augen geführt. Die Entwicklung erneuerbarer Energien, Effizienzsteigerungen und eine Senkung des Verbrauchs sind eine bedrängende Aufgabe in einer Welt, die nichts anderes kennt als Energie-Verschwendung.

## Weltinnenpolitische Perspektive einnehmen

Noch immer haben die meisten Regierungen in erster Linie ihre nationalen Eigeninteressen im Sinn und wollen bei internationalen Verhandlungen das Beste für sich selber herausholen. Doch Weltpolitik kann nur zu Lösungen führen, wenn sie als Weltinnenpolitik verstanden und durchgesetzt wird. Bei aller Gegensätzlichkeit muss die gemeinsame Sorge um globale Lösungen, die allen nützen, zuoberst stehen, geleitet von verbindlichen Regeln, gegenseitigem Respekt sowie gerechten Beziehungen und Gewaltlosigkeit.

Die Bewältigung der globalen Herausforderungen wird zur Schicksalsfrage. Alle Staaten werden ihren Beitrag leisten müssen, jeder nach seinen Möglichkeiten. Gleichzeitig gilt, dass allen das Recht auf eine nachhaltige Entwicklung zusteht. Dabei geht es um eine sozial verantwortbare nachhaltige Wirtschaft (*green economy*).

Die Schweiz fühlt sich ihren humanitären Traditionen verpflichtet und erweist sich als grosszügig, wenn es um Hilfen für die Ärmsten geht. Sie hat aber auch seit jeher von Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern profitiert und damit ihren Wohlstand ausgebaut und gefestigt. Die Schweiz muss ein grosses Interesse daran haben, dass die globalen Krisen gelöst werden können – ohne dass es zu dramatischen Folgen kommt, die auch die Schweiz in ihrer jetzigen Ausprägung in Frage stellen. Deshalb haben sich Bundesrat und Parlament die nachstehend formulierten Postulate zu eigen zu machen.

### **Postulat 1:** An 0,5 Prozent festhalten

Caritas erwartet von Bundesrat und Parlament, dass sie sich solidarisch zeigen gegenüber den ärmsten Menschen in den Entwicklungsländern. So sollen sie ihre Anstrengungen zugunsten der Ernährungssicherung und des Zugangs zu sauberem Wasser verstärken. Das Parlament muss am bisherigen Beschluss festhalten, bis 2015 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Ziel muss aber sein, später die internationale Norm von 0,7 Prozent zu erreichen.

### **Postulat 2:** Für Durchsetzung der Menschenrechte eintreten

Caritas erwartet von Bundesrat und Parlament, dass sie sich angesichts der globalen Herausforderungen für weltinnenpolitische Lösungen im Interesse aller Menschen und Gesellschaften stark machen. Dazu gehört die Durchsetzung der Menschenrechte ebenso wie eine entwicklungsfördernde Welthandelsordnung oder das Engagement für Frieden und Demokratie. Ohne entwicklungsorientierte Kohärenz aller Politikbereiche wird eine wirksame Weltinnenpolitik nicht möglich sein.

Das Parlament soll sich für die Regulierung des Nahrungsmittelhandels einsetzen, der Öffnung der Schweizer Grenzen für verarbeitete Produkte aus den Entwicklungsländern ohne Schutzmassnahmen zustimmen und rechtliche Rahmenbedingungen für in der Schweiz angesiedelte, global tätige Wirtschaftsunternehmen festlegen.

### **Postulat 3:** Hilfe fokussieren

Caritas erwartet von Bundesrat und Parlament, dass sie sich wirkungsvoll für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Schutz der Biodiversität, kleinräumige Landwirtschaft und der Schutz der globalen öffentlichen Güter bilden die Eckpfeiler für eine sozial verantwortbare nachhaltige Wirtschaft. Das Parlament soll strenge Massnahmen gegen die Klimaerwärmung beschliessen und bei der Entwicklungszusammenarbeit den Fokus auf Ernährungssicherheit legen.

**Wir helfen Menschen.**

Löwenstrasse 3  
Postfach  
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22  
Telefax: +41 41 419 24 24  
E-Mail: [caritas@caritas.ch](mailto:caritas@caritas.ch)

Internet: [www.caritas.ch](http://www.caritas.ch)  
Postkonto: 60-7000-4

Qualitätsmanagementsystem  
ISO 9001  
Reg.-Nr.14075

